

Coronatestbetrug aufdecken! Die Zeit drängt

Im WDR-Nachrichtenmagazin „Westpol“ vom 14. Januar forderte das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) insbesondere das Bundesgesundheitsministerium (BMG) dazu auf, mehr Engagement gegen Betrügereien rund um die Corona-Bürgertests zu zeigen.

Seinerzeit hatte die Regierung große Anreize gesetzt, damit schnell viele Teststellen entstehen. Die Abrechnungsprüfung wurde jedoch an die Kassenärztlichen Vereinigungen delegiert, die dafür am Umsatz der Teststellen beteiligt wurden. Dementsprechend wurde nicht sonderlich intensiv geprüft.



DSi-Recherchen haben ergeben, dass nur ein Bruchteil der mutmaßlich fehlerhaften und betrügerischen Testabrechnungen identifiziert worden ist. Demnach sind massenhaft Tests den Steuerzahlern in Rechnung gestellt worden, die nie stattgefunden hatten. Auf Basis alternativer Datenanalysemethoden wäre es aber weiterhin möglich, derartige Betrügereien

in Milliardenhöhe aufzudecken. Die Abrechnungsunterlagen müssen Teststellenbetreiber noch bis Ende des Jahres aufbewahren. Institutsleiter Matthias Warneke appellierte vor der WDR-Kamera daher an das BMG, die Chance auf Rettung von Steuergeld nicht zu vergeben, sondern endlich zu nutzen.

Ampel stoppt Griff in die Kasse der Arbeitslosenversicherung

Die Haushaltsnot der Ampel-Koalition zwang die Politik zu Einschnitten bei Subventionen. Das trieb Bauern, Spediteure und Handwerker auf die Straße. Doch auch die Beitragszahler sind betroffen, denn die Koalition hat die Streichung von Zuschüssen an die Renten- und Pflegeversicherung beschlossen. Zudem wollte sie

in die Kasse der Arbeitslosenversicherung greifen und kurzerhand 5,2 Mrd. Euro Beitragsmittel in den klammen Bundeshaushalt umleiten. Neben Verfassungsrechtlern protestierte auch der BdSt (Der Steuerzahler 1/2024) und verwahrte sich gegen die Zweckentfremdung von Beitragsmitteln. Mit Erfolg: Anfang

Februar, im Rahmen der Haushaltsverabschiedung 2024, zeigte der Bundestag Einsicht und stoppte – vorerst – die Pläne. Der BdSt wird weiter darüber wachen, dass Reserven der Sozialversicherungen nicht für politische Zwecke genutzt werden. *Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de*

Bundesregierung setzt weiter auf Influencer

Nach eigenen Angaben hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode bereits rund 450.000 Euro an Influencer für von Ihnen erstellte Blogartikel und Social-Media-Beiträge bezahlt. Zuletzt hatten wir im Schwerpunkt Kapitel unseres aktuellen Schwarzbuches den Einsatz von Influencern zur Bewerbung von Regierungsvorhaben als Teil illegitimer Öffentlichkeitsarbeit kritisiert. Es ist daher kein gutes Signal, dass die Bundesregierung weiterhin auf dieses Instrument zurückgreift, zumal nach wie vor nicht offengelegt wird, für welche konkreten Kampagnen die Influencer eingesetzt wurden und werden. *kasseckert@steuerzahlerinstitut.de*

Sie möchten unsere Argumente gegen den Einsatz von Influencer zur Bewerbung von Regierungskampagnen nachvollziehen? Dann bestellen Sie gerne das Schwarzbuch 2023/24 kostenfrei unter www.schwarzbuch.de!

Andrew Lazovij

